



Newsletter vom 28. Juni 2026

Inhalt

Die pädagogischen Kernfragen bleiben immer dieselben.....	1
26. Juni 2026, Marianne Wüthrich.....	1
Technische Berufe sind unbeliebt.....	4
NZZ, 22. Juni 2026, Wirtschaft, Albert Steck.....	4
Der Bundesrat setzt seine Drohung um.....	8
Tages-Anzeiger, 13. Juni 2026, Politik & Wirtschaft, Markus Brotschi.....	8
Frühfranzösisch? Mais non!.....	10
NZZ am Sonntag, 14. Juni 2026, Debatte Sprachenstreit, René Donzé.....	10
Landessprachen sind keine Fremdsprachen.....	12
NZZ, 22. Juni 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	12
Früher ging es auch später.....	13
NZZ am Sonntag, 21. Juni 2026, Debatte, Leserbriefe.....	13
Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind eine zu viel.....	14
Zürcher Oberländer, 20. Juni 2026, Leserbrief.....	14
Mit künstlicher Intelligenz zurück zu Humboldt.....	15
NZZ, 20 Mai 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar Dirk Siepman.....	15
«Vielleicht ist es gut, wenn die Maschine schlauer wird als der Mensch».....	16
Sonntagszeitung, 7. Juni 2026, Nadja Pastega.....	16

Die pädagogischen Kernfragen bleiben immer dieselben

26. Juni 2026, Marianne Wüthrich

Warum wollen viele junge Menschen nicht einen technischen Beruf lernen oder ein Mint-Studium absolvieren? Wann sollen Kinder Fremdsprachen lernen? Geht Lernen mit KI leichter? Die pädagogischen Kernfragen bleiben immer dieselben: Wie lernt das Kind? Welchen Boden muss die Schule legen, damit unsere Jugendlichen sich gute Grundlagen aneignen und zusammenhängend denken lernen können ?



Jugendliche in der Schule stärker fordern

Eine Studie des österreichischen Professors Harald Kindermann hat ergeben, dass immer weniger junge Leute einen technischen Beruf lernen oder Naturwissenschaften studieren wollen – an sich nichts Neues. Interessant ist, dass der Studienautor über den Rand seiner Statistiker-Brille hinausschaut und die Gründe dieses «alarmierenden Befunds» wissen will. Viele fänden ein Mathe-oder Ingenieurstudium zu anstrengend, schreibt er, ausserdem hätten sie «zunehmend Schwierigkeiten, komplexere Inhalte zu verstehen, welche ein logisches Denken erfordern.» Die Ursachen dieser tatsächlich alarmierenden Antworten der jungen Leute ortet Kindermann zum einen bei der Schule, welche diese Fähigkeiten zu wenig trainiert, zum anderen bei den «sozialen» Medien. Das fehlgeleitete Rollenbild, das die Jugendlichen dort erhalten: Statt sich auf ihre eigenen Leistungen und ihren Beitrag für die Gesellschaft auszurichten, würden sie sich oft an erster Stelle «mit dem eigenen Befinden beschäftigen». Kindermanns Forderungen: Die Jugendlichen sollten in der Schule wieder stärker gefordert werden, und das Ansehen der Berufslehre müsse zurückgewonnen werden. Dies gilt nicht nur für Österreich. Jedenfalls ist es bemerkenswert, dass ein Statistik-Fachmann den Bildungsverantwortlichen mitteilt, was sie zu tun haben, damit unsere Jugend in der Schule etwas lernt und ihren Platz im Beruf und in der Gesellschaft einnehmen kann und will.

Notbremse darf nur ein Anfang sein für grundsätzliche Reformen

In einigen Kantonen haben die Parlamente in den letzten Monaten die Notbremse gezogen und sich für die Einführung von Förderklassen sowie für die Verschiebung des Fachs Französisch in die Oberstufe ausgesprochen. Damit bringen sie ihr Unbehagen in Bezug auf die Vollintegration der Klassen und die Überfrachtung des Lehrplans zum Ausdruck. Aufgeschreckt durch die mangelhaften Deutsch- und Mathematikkenntnisse der Schulabgänger, verlangen die Politiker, dass in der Volksschule wieder für alle Kinder genug Zeit und Raum zur Verfügung steht, um die nötigen Grundlagen vor allem in der deutschen Sprache und in Mathematik zu lernen.

Dies darf nur ein Anfang sein. Unsere Politiker sollten grundsätzlicher ansetzen: beide Fremdsprachen in die Oberstufe verschieben, die PHs bei der Lehrerbildung in die Pflicht nehmen, einen tauglichen Lehrplan sowie einen geführten und strukturierten Unterricht einfordern. Aber immerhin, sie beginnen einmal bei zwei der akuten Probleme unserer Volksschule.

Sprachengesetz aus Bern – verfassungswidriger Eingriff in die Kompetenzen der Kantone an der pädagogischen Fragestellung vorbei

Nun will eine Bundesrätin, die keinerlei theoretische und praktische Kenntnisse im Schulbereich nachweisen kann, sich profilieren, indem sie den Kantonen ein Sprachengesetz aufzuzwingen versucht. Danach soll die Fremdsprachen-Regelung von Harnos für alle Kantone verbindlich werden oder doch zumindest in der Primarschule eine zweite Landessprache im Lehrplan stehen.

In den Artikeln und Leserbriefen unserer Textsammlung kommt sehr gut zum Ausdruck, was wir hier früher schon dargelegt haben.

Aus pädagogisch-lerntheoretischer Sicht

- Zuallererst sind im Klassenunterricht solide Grundlagen in Deutsch zu legen



- Wissenschaftliche Erkenntnisse wie die Resultate der Langzeitstudie von Simone Pfenninger dürfen nicht länger übergangen werden. Sie belegt, dass der strukturierte und durch den Lehrer geführte Sprachunterricht in der Oberstufe innert kurzer Zeit weit mehr Lernerfolg bringt als das Aufschnappen von Sprachhäppchen in zwei Jahren Primarschule.

Aus politisch-rechtlicher Sicht

- Im föderalistischen Staatsaufbau der Schweiz haben die Kantone gemäss Artikel 62 der Bundesverfassung die Schulhoheit. Auch wenn es im Mehrsprachenland Schweiz unbefriedigend ist, dass die Kinder im Kanton Zürich und dann in anderen Kantonen seit rund 30 Jahren als erste Fremdsprache Englisch lernen¹, ist dies kein rechtlicher Grund für einen zentralistischen Angriff des Bundesrates auf die verfassungsmässige Ordnung.

Für den Frieden zwischen den Sprachkulturen

- Dass Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider der kulturelle Austausch zwischen der Deutschschweiz und der Romandie wichtig ist, kann nur unterstützt werden. Allerdings schießt sie weit über das Zulässige hinaus, wenn sie dem Zürcher Kantonsrat vorwirft, sein Entscheid «sei ein Affront gegenüber der Romandie» und ziele «auf eine Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur ab». In Wirklichkeit tut es dem kulturellen Austausch keinen Abbruch, wenn die Jugendlichen etwas später, dafür mit einigen Französischkenntnissen, mit den Gleichaltrigen in der Romandie in Austausch treten.
- Für den kulturellen Frieden in unserem Land ist es nicht von Gutem, wenn eine Bundesrätin die Stimmung derart anheizt. Den Deutschschweizer Parlamentarierinnen liegt es fern, unsere Compatriotes in der Westschweiz abzuwerten oder zu übergehen. Sie sind lediglich besorgt über die mangelhaften Deutschkenntnisse unserer Jugend. Nur auf diesem Boden können wir eine sachliche Diskussion führen.

Verlernen wir durch KI das Denken?

Zurück zu unseren Ausgangsfragen: Wie lernt das Kind denken? Welchen Boden muss die Schule legen? Antworten finden wir nur auf pädagogisch-psychologischer Ebene. Diese verfehlt der Englischdidaktiker Dirk Siepmann, wenn er schreibt, KI könne zentrale Bereiche des Fremdsprachenlernens – wie Wortschatz, Grammatik, Aussprache, Texte schreiben und korrigieren – übernehmen. Damit werde die Spracherwerbsphase beschleunigt und KI schaffe «zeitliche und kognitive Spielräume, in denen das kreative, flexible und kritische Denken überhaupt erst entstehen kann.» Humboldts Bildungsideal bleibe somit «auch unter den Vorzeichen einer maschinellen Intelligenz das Ziel.»

Es ist beunruhigend, dass ein Didaktikprofessor das Lernen als rein technischen Ablauf und völlig losgelöst von der zwischenmenschlichen Beziehung betrachtet. Die Vorstellung, eine Maschine oder eine Software könne die differenzierten Abläufe zwischen Lehrerin und Schüler ersetzen, hat leider

¹ der Ökonom Ernst Buschor hinterliess uns als Zürcher Regierungsrat diese Hypothek. «Sein Zauberwort hiess New Public Management nach angloamerikanischem Muster», schreibt der Tages-Anzeiger zu seinem Tod im Oktober 2023. Obwohl NPM für die Bildung unserer Jugend sicher kein adäquater Ansatz ist, wurde das Frühenglisch kaum je in Frage gestellt, bis heute.



mit dem individualisierten und selbstorganisierten Lernen auch in unseren Schulen Einzug gehalten. Wer schon einmal in einem Klassenzimmer gestanden ist, weiss, dass eine nicht verstandene Frage oder ein falsch angewendetes Wort zum mutlosen Abbruch einer ganzen Übung führen kann, wo doch eine ermutigende oder fordernde Ansprache durch die Lehrerin dem Kind frischen Schwung geben könnte. Mit einer gemeinsamen Lektüre in der Klasse und dem Gespräch darüber werden Wortschatz, Grammatik und Aussprache auf vielfältige Weise bereichert und durch Wiederholen gefestigt. Verständnisfragen zum Inhalt führen dazu, dass die Kinder Zusammenhänge verstehen lernen. Vorlesen oder Erzählen durch den Erwachsenen sind oft auch ein emotionales Erlebnis für die Schüler, das sie vielleicht nie mehr vergessen. Das «kreative, flexible und kritische Denken» kann also nicht losgelöst vom Spracherwerb in der Lerngemeinschaft entstehen und wachsen.

KI lehrt uns nicht das Denken, sondern wir können es im Gegenteil verlernen, wenn wir uns allzu sehr auf das technische Programm verlassen, schreibt Neurowissenschaftler Lutz Jäncke. Er warnt: «Untersuchungen zeigen, dass die Generation Z schlechter geworden ist in der Aufmerksamkeit, der Konzentration sowie in der Lese- und der Mathematikkompetenz und dass es einen Zusammenhang gibt mit der Häufigkeit der Internetnutzung.» Multitasking (also mehrere Dinge gleichzeitig machen können) funktioniert nicht, man kann sich nur auf eines gleichzeitig konzentrieren. Wer Musik hört beim Hausaufgaben lösen, braucht entsprechend mehr Zeit.

Wie viele seiner Kollegen empfiehlt Jäncke, digitale Medien und speziell KI nur gezielt einzusetzen für die Lösung bestimmter Probleme, die sonst nur mit viel Zeitaufwand zu bewältigen sind. «Aber das kritische Denken ist eine Tätigkeit, die das Gehirn selbst macht. Wenn wir das nicht nutzen, dann werden wir das irgendwann nicht mehr können.» Wir müssten Wege suchen, um mit KI zurechtzukommen, damit wir einen persönlichen Nutzen daraus ziehen können. Unseren Kindern sollten wir die Möglichkeit bieten, in einer störungsfreien Umgebung zuerst einmal analog zu lernen, dazu gehöre ein Handyverbot in der Schule.

Die Newsletter-Redaktion wünscht Ihnen eine spannende Lektüre und sonnige und erholsame Sommerferien. Unser nächster Newsletter erscheint am 23. August.

Marianne Wüthrich

Technische Berufe sind unbeliebt

NZZ, 22. Juni 2026, Wirtschaft, Albert Steck

Die einstige «Tüftlernation» Deutschland verliert Nachwuchs – immer weniger Studierende entscheiden sich für Mint-Fächer

Findet ein Betrieb keine jungen Ingenieure oder Informatiker mehr, so sind Arbeitskräfte aus Indien oftmals die letzte Hoffnung. Die Zuwanderer kompensieren die fehlende Motivation der inländischen Erwerbstätigen, im Mint-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik) zu arbeiten. Mittlerweile zählt Deutschland 33 000 Inder in Mint-Berufen. Noch im Jahr 2012 waren es gerade einmal 4000.



Die Knappheit wird sich weiter verschärfen: Schätzungsweise 200 000 deutsche Ingenieure gehen in den nächsten zehn Jahren in Pension. Gleichzeitig entscheiden sich immer weniger Junge für eine Ingenieurausbildung. Lediglich 80 000 Studenten sind noch für das Fach Maschinenbau eingeschrieben. Vor zehn Jahren waren es noch 120 000. Prekär ist die Lage etwa in der Elektrotechnik oder bei den Bauingenieuren, namentlich im Brückenbau. Einst brachte das «Land der Tüftler und Erfinder» bahnbrechende Erfindungen hervor. Nun ist diese legendäre Ingenieurskunst zunehmend am Verschwinden. Derselbe beunruhigende Trend lässt sich in der Schweiz und in Österreich beobachten.

«Weniger belastbar»

Die Fachhochschule Oberösterreich hat die beruflichen Interessen verschiedener Altersgruppen untersucht. Dabei zeigt sich: Je jünger die Altersgruppe, desto unbeliebter sind die Mint-Fächer. Bei der Generation Z, sie umfasst die Jahrgänge 1997 bis 2010, stösst ein technisches oder naturwissenschaftliches Studium mit Abstand auf den geringsten Anklang. Unter den jungen Männern gelten die Fächer Physik und Chemie als besonders unattraktiv. Bei den Frauen sind Mechanik und Mechatronik am unbeliebtesten. Letztgenanntes besteht aus einer Kombination von Maschinenbau mit Elektronik und Informatik. Gebraucht wird dieses Wissen in der Robotik oder der Medizintechnik.

Der Statistikprofessor Harald Kindermann, der die Studie geleitet hat, spricht von einem «alarmierenden» Befund. «Das geringe Interesse der jungen Generation an den technischen Berufen gefährdet die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.» Besonders aus China habe der Konkurrenzdruck massiv zugenommen. Fehle es an Nachwuchs, so drohe die europäische Industrie ihre führende Stellung zu verlieren. Sorgen bereitet Kindermann, dass die Attraktivität seit der letzten Befragung vor drei Jahren nochmals gesunken ist. «Dies betrifft beide Geschlechter: Bei den Männern ist das Interesse sogar noch etwas stärker zurückgegangen.» Trotzdem bestehe der traditionelle Unterschied zwischen den Geschlechtern, wonach Frauen die technischen Domänen deutlich stärker mieden, weiter.

Welche Erklärungen gibt es für das wachsende Desinteresse? Kindermann nennt eine Reihe von Faktoren, die er auf seine Studie sowie seine praktische Erfahrung als Dozent abstützt. Ein Mint-Studium gelte als «anspruchsvoller und anstrengender», was viele abschrecke – trotz den guten beruflichen Aussichten. «Nach meiner Beobachtung ist die junge Generation tendenziell weniger belastbar. Ausserdem hat sie zunehmend Schwierigkeiten, komplexere Inhalte zu verstehen, welche ein logisches Denken erfordern.»

Das Niveau droht zu sinken

Das liege einerseits am Schulsystem, welches diese Fähigkeiten zu wenig trainiere. Verstärkend wirkten gesellschaftliche Trends: «Die sozialen Netzwerke prägen ein Rollenbild, in welchem sich die Jugendlichen primär mit dem eigenen Befinden beschäftigen anstatt mit ihren Leistungen.» Auch das Ziel, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, schein etwas an Bedeutung verloren zu haben. Die Jugendlichen sollten daher in der Schule wieder stärker gefordert werden, meint Kindermann. Ebenso müssten die handwerklichen Berufe und die Lehre an Ansehen zurückgewinnen.



«Weil das Gymnasium als der attraktivere Weg gilt, fehlt es an talentiertem Nachwuchs an den technischen Fachhochschulen.»

Die Mint-Fakultäten stecken in einem Dilemma: Die Beiträge, die sie von der öffentlichen Hand erhalten, sind an die Anzahl der Studenten gekoppelt. Zudem handelt es sich meistens um teure Lehrgänge, welche moderne Labors und Geräte benötigen. Sobald sich aber weniger Personen für ein Fach einschreiben, brechen die Einnahmen weg. Laut Kindermann verstärkte dies den Anreiz, die Prüfungen einfacher zu machen und das Leistungsniveau zu senken, um nicht noch mehr Studenten zu verlieren. Vor allem für kleinere Hochschulen bestehe die Gefahr, unter eine kritische Schwelle zu fallen, ab der sie einzelne Studienfächer ganz aufgeben müssten.

Diese Divergenz lässt sich auch in der Schweiz beobachten. Die ETH Zürich als Spitzenuniversität registriert weiterhin eine steigende Zahl an Studenten – wobei immer mehr aus dem Ausland stammen. Fast die Hälfte der Studenten auf Masterstufe hat inzwischen einen ausländischen Pass. Bei den Fachhochschulen dagegen verzeichnen die Mint-Fächer eine rückläufige Belegung durch inländische Studenten: Seit 2017 ist die Zahl der Neueintritte um 7 Prozent gesunken. Während die Informatik noch einen leichten Zuwachs erzielte, ist die Abnahme bei den technischen Domänen zweistellig. Die Nicht-Mint-Fächer auf der anderen Seite haben weiterhin einen wachsenden Zulauf.

Wie bedrohlich sich das gesunkene Interesse auf die technischen Fakultäten auswirkt, hat die Westschweizer Haute École Arc erlebt. Sie ist in den drei Kantonen Neuenburg, Jura und Bern tätig. Bei den Ingenieurwissenschaften sank die Zahl der Bachelorstudenten in nur acht Jahren um 28 Prozent. Noch stärker war der Einbruch bei den Neueintritten. Diese schrumpften um 38 Prozent von 160 auf einen Tiefststand von 100.

Laut Tristan Maillard, dem Generaldirektor der Haute École Arc, musste die Schulleitung schmerzhaft Sparmassnahmen einleiten: «Wir waren gezwungen, uns von mehreren Dozenten zu trennen. Trotzdem haben wir uns bemüht, die besten Professoren zu halten.» Ohne Entgegenkommen der Kantone wären die Kürzungen sogar noch drastischer ausgefallen. Ausgerechnet der ohnehin schon grosse Mangel an Nachwuchskräften habe den Rückgang der Studenten verschärft, erklärt Maillard: «Die Unternehmen kämpfen darum, ihre Lehrabgänger bei sich zu behalten. Sie zahlen ihnen gute Löhne, damit sie im Job bleiben, anstatt eine Hochschule zu besuchen.»

Erfolg mit Teilzeitstudium

Als Reaktion auf dieses Seilziehen mit der Wirtschaft hat die Haute École Arc im letzten Jahr ihre Mint-Ausbildung reformiert – mit grossem Erfolg: Die Zahl der Neueintritte schnellte wieder auf 130 nach oben, und für das kommende Semester erwartet die Schule eine weitere Steigerung. «Wir haben die Bedürfnisse der Studenten eingehend analysiert und festgestellt, dass sie eine stärkere Flexibilisierung wünschen», sagt Maillard. Neu ermöglicht die Schule auf Bachelorstufe ein Teilzeitstudium an drei Tagen pro Woche, so dass sie die übrigen zwei Tage im Betrieb verbleiben können. Dies erleichtere es den Firmen, den begehrten Nachwuchs an sich zu binden. Die Dauer der Ausbildung erhöht sich dadurch von drei auf vier Jahre.

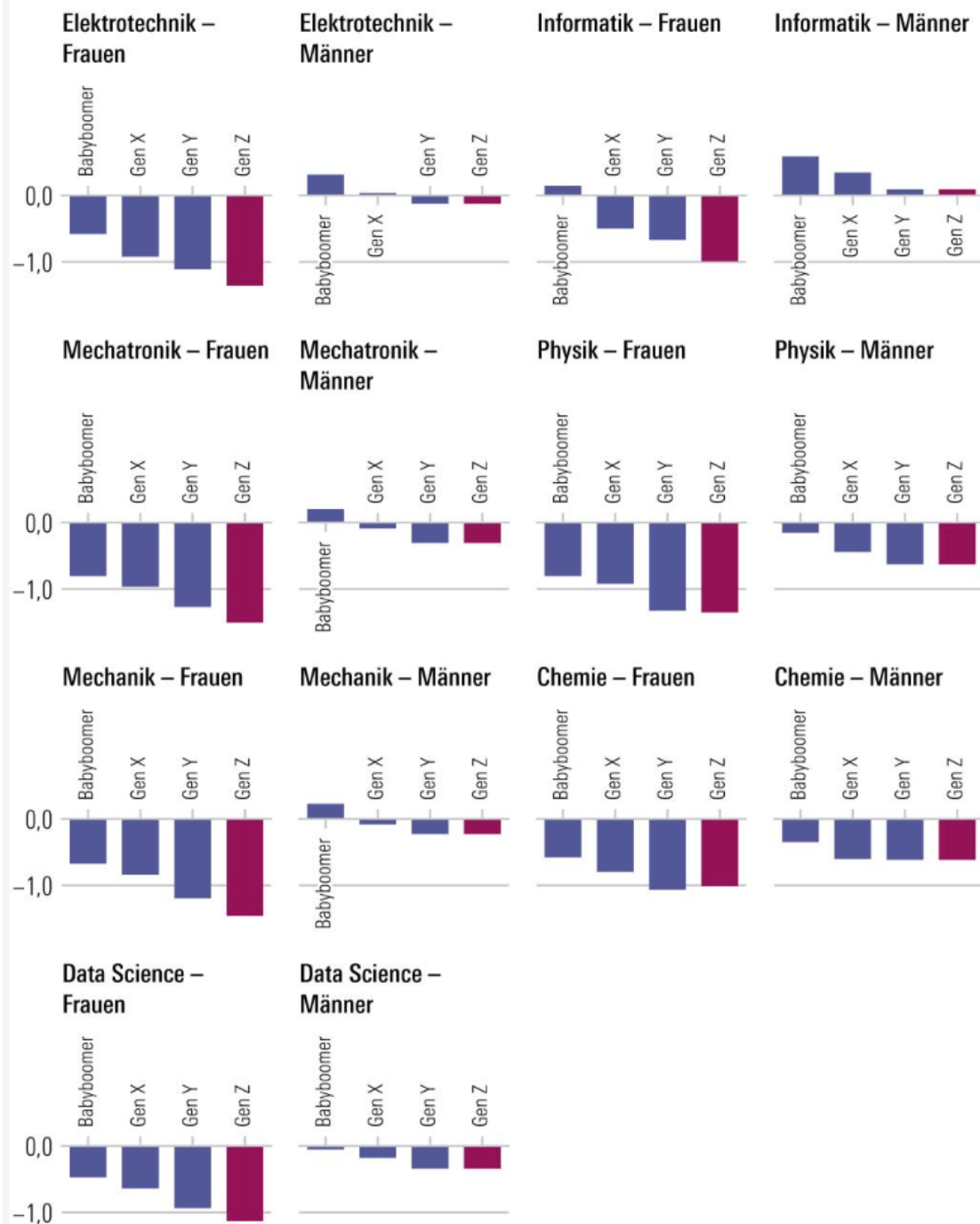
Als zweite Option wird weiterhin ein Vollzeitstudium angeboten, allerdings auf vier Wochentage verkürzt. Ab kommendem Jahr sollen zudem die Wochenstunden von 36 auf 32 sinken. «Wir sind



überzeugt, dass wir die Qualität der Ausbildung ungeachtet dieser Straffung bewahren können», betont Maillard.

Die Generation Z interessiert sich nur wenig für Mint-Berufe

Interesse der Befragten in Österreich an Mint-Berufen (Skala: -2 = absolut uninteressant bis +2 = sehr interessant)



Die Umfrage ist mit einer statistischen Unsicherheit behaftet. Die Grösse der Stichprobe umfasste rund 1000 Personen.



Trotz diesem Bestreben: Wo sich bis jetzt nur wenig Erfolge zeigen, ist beim tiefen Anteil der Frauen. Zählten die Schweizer Fachhochschulen vor acht Jahren im Bereich Technik 12 Prozent weibliche Studierende, so sind es derzeit mit 15 Prozent kaum mehr. Nach Einschätzung der Akademien der Wissenschaften ist die Mint-Förderung in der Schweiz an eine «gläserne Decke» gestossen.

Auch die wissenschaftliche Forschung gibt wenig Anlass zur Hoffnung, dass sich dies bald ändert. Die Daten zeigen nämlich, dass der Frauenanteil in den technischen Berufen in der Regel umso tiefer ausfällt, je reicher und egalitärer ein Land ist. Die Forschung spricht vom «Gender-Equality-Paradox». Die häufigste Erklärung lautet, dass der wachsende Reichtum und die individuelle Selbstverwirklichung die geschlechtsspezifischen Berufswünsche oftmals verstärken. So erreicht der Frauenanteil bei den Mint-Studiengängen in Ländern wie Indien oder Algerien 40 Prozent, während er etwa in Skandinavien besonders tief ist. Dasselbe Phänomen lässt sich an deutschen Universitäten feststellen: Laut dem Centrum für Hochschulentwicklung ist bei den Ingenieurwissenschaften nur ein Neuntel der Erstsemestrigen, die aus Deutschland kommen, weiblich. Unter den ausländischen Studenten dagegen stellen die Frauen immerhin einen Viertel.

Das geringe Interesse an den Mint-Fächern sei auch eine Folge des höheren materiellen Wohlstandes, sagt Kindermann. Umso wichtiger sei es, die jungen Leute für diese wirtschaftlichen Zusammenhänge zu sensibilisieren. «Die Lebensqualität in Europa hängt entscheidend davon ab, dass wir unsere Spitzenposition bei den technologischen Kompetenzen bewahren können.» Schon heute führt der Mangel an technischer Expertise in Deutschland zu einem Wertschöpfungsverlust von 13 Milliarden Euro, wie der Berufsverband der Ingenieure berechnet hat. Und die Pensionierungswelle bei den Fachkräften hat zur Folge, dass künftig noch mehr Kompetenzen ersetzt werden müssen.

Der Bundesrat setzt seine Drohung um

Tages-Anzeiger, 13. Juni 2026, Politik & Wirtschaft, Markus Brotschi

Frühfranzösisch • Die Landesregierung will durchgreifen, wenn einzelne Kantone die Sprache aus dem Primarschulunterricht streichen. Die Drohkulisse richtet sich vor allem an Zürich und die Ostschweiz.

Das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule soll in der ganzen Schweiz durchgesetzt werden. Der Bundesrat will mit einer entsprechenden Ergänzung des Sprachengesetzes verhindern, dass einzelne Kantone Frühfranzösisch abschaffen. Das Gleiche würde für die Romandie für den Deutschunterricht gelten.

Damit macht der Bundesrat seine Drohung wahr, den Plänen Zürichs und der Ostschweizer Kantone einen Riegel zu schieben. Auslöser ist der Entscheid des Zürcher Kantonsrats vom letzten September, Frühfranzösisch von der Primarschule in die Oberstufe zu verschieben. Das St. Galler Kantonsparlament fällt im Herbst den gleichen Beschluss, der Ausserrhoder Kantonsrat bereits vor



einem Jahr. Der jüngste Entscheid eines Deutschschweizer Kantons, Französisch in die Oberstufe zu verbannen, fasste der Thurgauer Grosse Rat im April.

In Zürich wie in den anderen Kantonen wird die Abschaffung des Frühfranzösisch mit der Belastung der Kinder begründet. Die Resultate beim Erlernen der Sprache seien schlecht, hiess es im Zürcher Kantonsrat. Der Lehrplan sei überladen, ein späterer Einstieg ins Französisch würde für Entlastung sorgen.

Zwei Gesetzesvarianten in der Vernehmlassung

Für den Bundesrat allerdings setzen diese Kantone die Verständigung der Sprachgemeinschaften aufs Spiel, wie er gestern festhielt: «Für den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz ist es entscheidend, dass sich die Bevölkerung über die Sprachgrenzen hinweg in den Landessprachen verständigen kann.» Der Bundesrat stützt sein Vorgehen auf die Bundesverfassung. Diese verpflichtet den Bund, den Zusammenhalt der Sprachregionen zu fördern. Auch müssten die Kantone das Schulwesen harmonisieren. Die Mehrsprachigkeit sei ein Pfeiler für den Zusammenhalt des Landes, sagte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider vor den Medien. Der Bundesrat verfolge die Entwicklungen in einzelnen Kantonen mit Sorge.

Die Landesregierung hat nun zwei Gesetzesvarianten bis am 5. Oktober in die Vernehmlassung geschickt:

Die geltende Lösung des Harnos-Konkordats wird im Sprachengesetz festgeschrieben. Damit wäre nicht nur das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarstufe obligatorisch, sondern auch der Englischunterricht. Das Harnos-Konkordat schreibt vor, dass alle Kinder bis zum Ende der Volksschule zwei Fremdsprachen lernen - eine ab der 3. und eine ab der 5. Klasse.

Die zweite Variante lässt den Kantonen mehr Spielraum beim Englischunterricht. Der Unterricht der zweiten Landessprache muss in der Primarschule beginnen und dauert bis zum Ende der Sekundarstufe I. Wann sie Englisch einführen, bleibt hingegen den Kantonen überlassen.

Diese Gesetzesänderungen sind allerdings mit einem Vorbehalt versehen. Sollten die Kantone auf Änderungen beim Sprachunterricht verzichten, so versorgt der Bundesrat die Vorlage in der Schublade. Sobald aber ein Kanton das Harnos-Konkordat wegen der Sprachenfrage verlasse, werde die Vorlage ans Parlament geschickt, sagte Baume-Schneider. Die Vernehmlassung habe «präventiven Charakter».

Bereits kurz nachdem der Zürcher Kantonsrat beschlossen hatte, das Frühfranzösisch von der Primarschule in die Oberstufe verschieben zu wollen, sagte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider im Interview mit dieser Redaktion: «Wenn die Kantone es nicht hinbekommen, die Sprachenfrage zu regeln, wird der Bund handeln müssen.» Der Entscheid des Zürcher Kantonsrats sei ein Affront gegenüber der Romandie. Und er ziele «auf eine Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur ab».

Die Schwierigkeit der französischen Sprache sei kein Grund, damit erst in der Oberstufe zu beginnen, sagte sie am Freitag. Für französischsprachige Schülerinnen und Schüler sei die deutsche Sprache ebenfalls schwierig. «Nur weil Mathematik schwierig ist, verzichtet man auch nicht auf den Unterricht.»



Innerrhoden hat kein Frühfranzösisch

Heute sind formell nur jene Kantone an den interkantonalen Sprachenkompromiss von 2004 gebunden, die später auch dem Harnos-Konkordat beigetreten sind. Zu diesen 15 Kantonen gehören Zürich, Bern, die beiden Basel und St. Gallen, nicht aber Thurgau sowie Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden.

Will einer der Harnos-Kantone den Französischunterricht verschieben, muss er aus dem Harnos-Konkordat austreten. Die Austrittsfrist aus dem Harnos-Konkordat dauert drei Jahre. Das heisst: Ein Kanton, der kündigt, bleibt noch drei Jahre lang an die Bestimmungen gebunden, bevor der Austritt wirksam wird.

Sollte das Erlernen der zweiten Landessprache tatsächlich auf Bundesebene festgeschrieben werden, müsste sich auch Appenzell Innerrhoden daran halten, obwohl es dem Harnos-Konkordat nicht beigetreten ist. Innerrhoden hat Frühfranzösisch gar nie eingeführt.

Im Kanton Zürich wurde die Regierung vom Parlament beauftragt, innerhalb von zwei Jahren die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Französisch erst ab der Oberstufe unterrichtet wird - und nicht wie heute bereits ab der 5. Klasse.

Im Kanton Bern hingegen ist die Sprachenfrage so heikel, dass die Grünliberalen kürzlich einen Vorstoss zurückgezogen haben, der das Frühfranzösisch von der 3. in die 5. Klasse verschieben wollte.

Frühfranzösisch? Mais non!

NZZ am Sonntag, 14. Juni 2026, Debatte Sprachenstreit, René Donzé

Der Bundesrat will die Kantone zum Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule zwingen. Das ist eine politische Machtdemonstration auf Kosten der Schüler und Lehrer, schreibt René Donzé

Ich war ein Versuchskaninchen. In meiner Primarschulzeit, die schon ein paar Jahrzehnte zurückliegt, wurde an unserer Schule im Kanton Zürich in der fünften Klasse versuchsweise Französisch unterrichtet – während reihum noch lange sowohl die zweite Landessprache als auch Englisch erst in der Oberstufe gelehrt wurden. «Il y a de la neige» ist ein Satz, der mir aus dem damaligen Unterricht geblieben ist – dazu wurde ein Dia mit einer verschneiten Landschaft projiziert. Als ich dann in der Nachbargemeinde in die erste Sekundarschule wechselte, schmolz mein Französischvorsprung auf die neuen Klassenkameraden so rasch wie der Schnee an der Frühlingssonne.

Seither ist viel Wasser die Limmat und auch die Saane hinuntergeflossen. Was damals als pädagogischer Versuch begann, ist heute flächendeckend Realität geworden: Seit rund zwanzig Jahren werden in der Primarschule Englisch und eine zweite Landessprache unterrichtet. Seither mühen sich Deutschschweizer Primarschulkinder mit Französischvokabeln ab, und in der Romandie versuchen 11-Jährige die Tücken der deutschen Grammatik zu durchdringen. Es war ein politischer Entscheid,



ausgelöst durch das Vorpreschen der Zürcher mit frühem Englischunterricht, was die Romandie vor den Kopf stiess – und in einem Sprachenkompromiss endete.

Die pädagogische Begründung dafür bewegte sich indes auf dünnem Eis. Die Hoffnung war: Wer früher mit dem Sprachenlernen beginnt, lernt nachhaltiger. Doch die Bilanz dieses nunmehr landesweiten Feldversuchs fällt ernüchternd aus. Studien zeigen: Der Vorsprung des frühen Beginns bringt wenig. Trotz grossem Effort der Schulen erreichen nur gut die Hälfte der Deutschschweizer Kinder am Ende der Schulzeit die vorgegebenen Grundkompetenzen im Lese- und Hörverständnis der französischen Sprache.

Vom frühen Fremdsprachenunterricht profitieren vor allem jene Kinder, die ohnehin leicht lernen, während die schwächeren Schüler zusätzlich belastet sind. Langsam sickert diese Erkenntnis auch in die Politik ein, welche auf kantonaler Ebene nun da und dort darüber diskutiert, das Französisch auf die Oberstufe zu verschieben. Bereits entschieden haben die Parlamente der Kantone Zürich, St. Gallen, Thurgau, Schwyz und Appenzell Ausserrhodens.

Und diese Woche hat die Aargauer Regierung beschlossen, ein Strategiekonzept Sprachen zu erarbeiten. Das Ziel ist es, den Start des Französischunterrichts auf die sechste oder die siebte Klasse zu verschieben, dafür sollen «die Deutschkompetenzen der Schülerinnen und Schüler früh und wirksam» gestärkt werden – sprich mehr Unterrichtszeit in die erste Landessprache investiert werden. Dieser Entscheid folgt keiner sprachpolitischen Laune, sondern einer pädagogischen Prioritätensetzung.

Angesichts der sinkenden Fähigkeiten vieler Schüler, sich sicher auf Deutsch auszudrücken, und der zunehmenden Leseschwäche stellt sich die Frage, wie die knappe Unterrichtszeit am besten eingesetzt werden soll. Für die wachsende Zahl von Kindern, die zu Hause eine andere Sprache sprechen, ist bereits die erste Landessprache eine Fremdsprache, die es zu erlernen und zu trainieren gilt, wenn sie sich später im Berufsleben behaupten können sollen.

Just in diese Entwicklung platzt am Freitag der Entscheid des Bundesrats: Sollten einzelne Kantone den Auftrag ihrer Parlamente umsetzen und das Frühfranzösisch tatsächlich abschaffen, will die Landesregierung eingreifen. Dann soll die Pflicht zum Unterrichten einer zweiten Landessprache in der Primarschule im Sprachengesetz festgeschrieben werden, um die Frage ein für alle Mal zu klären. Es gehe um nicht weniger als um den Zusammenhalt der Schweiz («la cohésion de la Suisse»), erklärte die SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Zwei Modelle stellt der Bundesrat in der nun gestarteten Vernehmlassung zur Wahl: Entweder wird das sogenannte Harnos-Konkordat der Kantone mit Englisch und einer zweiten Landessprache vorgeschrieben oder nur die zweite Landessprache. Praktisch dürfte dies kaum einen Unterschied machen, da kaum jemand auf den frühen Englischunterricht verzichten will, der sowohl Lehrern als auch Schülern viel leichter fällt. Englisch ist sprachlicher Alltag von vielen und für die berufliche Zukunft zentral.

Was der Bundesrat veranstaltet, ist eine politische Machtdemonstration auf Kosten sowohl der Kinder als auch der Lehrer, die zunehmend unter der Belastung leiden. Seine Sorge um die Kohäsion des Landes ist nachvollziehbar. Es ist verständlich, dass man in der Romandie die Abkehr von Deutschschweizer Kantonen vom Sprachenkompromiss mit Unbehagen verfolgt.



Es mag schmerzen, wenn Zürich und die Ostschweiz ihren Primarschülern die Sprache Rousseaus später vermitteln wollen. Und auch ich ziehe die poetische und melodiöse Sprache, mit der mein Grossvater noch seine frühe Kindheit verbrachte, dem allgegenwärtigen Englisch vor. Leider wurde mir diese schöne Sprache nicht mehr in die Wiege gelegt. Ich kann die Gefühle von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider aber gut verstehen, deren Wohnort Les Breuleux mein Heimatort ist. Doch hier geht es nicht um Romantik. Es geht um die Frage, was für die Kinder von heute und die Gesellschaft von morgen wichtig ist. Entscheidend ist nicht, in welchem Alter sie ihre ersten Französisch- oder – in der Romandie – Deutschvokabeln lernen. Entscheidend ist, dass Schulen genügend Zeit und Ressourcen haben, um grundlegende Kompetenzen zu vermitteln. Ein Abbau der Fremdsprachen auf Primarstufe zugunsten der Förderung der ersten Landessprache kann deshalb sinnvoll sein.

Der Bundesrat liegt mit seiner Entscheidung nicht nur aus pädagogischer Sicht quer in der Landschaft, sondern auch aus ordnungspolitischer. Bildung ist Sache der Kantone, die dafür auch finanziell aufkommen (mit Ausnahme der Berufsbildung und teilweise der Hochschulen). Wer Eingriffe des Bundes fordert, trägt darum eine hohe Begründungslast.

Ironischerweise will der Bund das nationale Schulsportobligatorium abschaffen, wie gerade eben die «Sonntags-Zeitung» schrieb. Diese drei Sportlektionen pro Woche sind heute die einzige gesetzliche Vorschrift des Bundes, die direkt in die kantonale Bildungshoheit eingreift. Das Finanzdepartement der FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter will mit der geplanten Streichung die Aufgaben von Bund und Kantonen entflechten. Gemäss der Logik: Wer zahlt, befiehlt.

Der Sprachenentscheid der Landesregierung weist nun aber gerade in die entgegengesetzte Richtung. Logisch lässt sich das nicht erklären. Es scheint, als habe im Bundesrat das Herz den Kopf übersteuert. Sollte er tatsächlich eine entsprechende Vorlage verabschieden, müsste das Parlament korrigierend eingreifen. Die Hoffnung bleibt, dass die bildungs- und ordnungspolitische Vernunft obsiegt.

Nüchtern betrachtet, muss der Politik die «cohésion législative» ebenso wichtig sein wie die «cohésion nationale». Letztere wird auch nicht davon abhängen, wann die Kinder eine zweite Landessprache erlernen. Die Erfahrung zeigt, dass sie sich, wenn sie später einmal den Röstigraben überqueren, ohnehin auf Englisch unterhalten werden – oder technische Hilfsmittel verwenden, mit denen sich die Sprachgrenzen mühelos überwinden lassen.

Wer sich verstehen will, braucht vor allem den Willen dazu. Und dieser hängt nicht vom Zeitpunkt des Einstiegs in den Fremdsprachenerwerb ab.

Landessprachen sind keine Fremdsprachen

NZZ, 22. Juni 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief

Die Schweizer Schule soll heute immer mehr leisten: Nachhaltigkeit, Gesundheit, Medienkompetenz, Inklusion und vieles mehr («Die Bildungsklasse bürdet der Schule alle gesellschaftlichen Pro-



bleme auf», NZZ 12. 6. 26). Gleichzeitig haben immer mehr Schülerinnen und Schüler Mühe mit den grundlegenden Kompetenzen. Deshalb sollten wir die Prioritäten der Volksschule neu überdenken und den Fokus wieder stärker auf Sprache, Lesen, Schreiben und Rechnen legen.

Gerade im Sprachbereich stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, zunächst die Unterrichtssprache zu festigen, die Herkunftssprache wertzuschätzen und daneben eine weitere Landessprache vertieft zu erlernen. Mehrsprachigkeit bleibt wichtig, braucht aber tragfähige Grundlagen.

Dabei sollten die Landessprachen nicht als gewöhnliche Fremdsprachen betrachtet werden. Sie sind Teil unserer nationalen Identität und unseres Zusammenhalts. Ihr Unterricht sollte deshalb auch kulturelle und gesellschaftliche Kenntnisse über die verschiedenen Regionen unseres Landes vermitteln.

Auch im Kanton Graubünden wäre es angebracht, die Erfahrungen mit schulischer Integration und Bildungsreformen sachlich zu überprüfen. Eine offene Diskussion über Erfolge und Herausforderungen dient nicht der Kritik an der Inklusion, sondern der Weiterentwicklung unserer Schule.

Kinder brauchen Förderung und Ermutigung, aber auch klare Strukturen und Orientierung. Eine Schule, die sich auf ihren Kernauftrag konzentriert, stärkt nicht nur die Bildungsqualität, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Luigi Menghini, Haldenstein

Früher ging es auch später

NZZ am Sonntag, 21. Juni 2026, Debatte, Leserbriefe

«Frühfranzösisch? Mais non!»

Ich stimme dem Beitrag völlig zu: Der Vorsprung durch Frühfranzösisch bringt wenig. Auch Studien kommen zu einem ähnlichen Schluss. Ältere Schülerinnen und Schüler holen den Rückstand rasch auf. Ich bin 17 Jahre alt und kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass die Motivation zum Sprachenlernen häufig erst später entsteht; nämlich wenn man die Vorteile davon sieht und es nicht als mühsame Pflicht wahrnimmt. Die Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachregionen empfinde ich auch als wichtig. Dennoch frage ich mich, ob der Unterricht bereits in der Primarschule beginnen muss.

Nora Odermatt, Gipf-Oberfrick (AG)

Wieso soll der Verzicht auf Frühfranzösisch den «nationalen Zusammenhalt» gefährden? Es wäre doch nur eine Rückbesinnung auf alte Zeiten? Meine ersten Gehversuche in Französisch begannen mit dem Eintritt in die Sekundarschule. Und niemand sprach damals von einer Gefährdung des nationalen Zusammenhalts. Mir ist schleierhaft, wieso Frühfranzösisch in die Primarschule hineingewürgt werden muss, wenn vielen fremdsprachigen Schülern das Fundament einer ersten Sprache



fehlt. Ohne dieses Fundament gibt es kein Erlernen einer Zweitsprache. Das dürfte den nationalen Zusammenhalt eher gefährden!

Rolf Baumgartner, Opfikon (ZH)

Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind eine zu viel

Zürcher Oberländer, 20. Juni 2026, Leserbrief

Frühfranzösisch ist für die meisten Kinder der östlichen Schweiz weit weg von ihrer Lebenswelt und beim Einstieg anspruchsvoller als das allgegenwärtige Englisch. Werbung und Jugendsprache sind durchsetzt von vielen englischen Ausdrücken, was man zu Recht sehr bedauern, aber nicht mehr verhindern kann. Gegenüber der Strahlkraft der anglo-amerikanischen Popwelt hat die frankophone Kultur in den Augen der meisten Schüler deutlich weniger zu bieten. Diese Tatsache wirkt sich stark auf die Lernmotivation der Schüler aus.

Die Ergebnisse des Frühfranzösisch im Rahmen des forcierten Mehrsprachenkonzepts müssen als sprachliches Debakel bezeichnet werden. Die meisten Primarschüler schaffen es nicht, neben Deutsch, Englisch und oft weiteren Sprachen auch noch erfolgreich Französisch zu lernen. Das Folge ist oft ein heilloses Durcheinander, das am Schluss auf Kosten des wichtigen Deutsch geht.

Da braucht es schon sehr viel Voreingenommenheit, um das Frühfranzösisch zum nationalen Symbol des eidgenössischen Zusammenhalts zu erheben, wie dies Bundesrätin Baume-Schneider getan hat. Fast könnte man meinen, Französisch solle aus der Volksschule verbannt und die Bedeutung der Romandie bei uns generell missachtet werden. Doch das trifft überhaupt nicht zu. Ein in die Sekundarschule verschobener Einstieg ins Französisch erhöht vielmehr die Chance, dass ein Grossteil unserer Schüler mit gefestigten sprachlichen Grundkenntnissen die zweite Landessprache lernen wird.

Die direkte Einmischung der Bundesrätin in die Schulhoheit der Kantone hat deutlich gemacht, dass dabei pädagogische Überlegungen kaum eine Rolle spielen. Doch diese sind absolut zentral, wenn man mehr als nur Symbolpolitik machen will. Die Schule hat mit aller Kraft dafür zu sorgen, dass unsere Schüler unter fairen und erfolgversprechenden Rahmenbedingungen unterrichtet werden. Die gescheiterte Mehrsprachendidaktik gehört nicht dazu und muss durch ein Konzept mit nur einer Fremdsprache in der Primarschule ersetzt werden.

Hanspeter Amstutz



Mit künstlicher Intelligenz zurück zu Humboldt

NZZ, 20 Mai 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar Dirk Siepmann

Es wird künftig einfacher, Fremdsprachen zu erlernen. Damit schafft der KI-gestützte Kompetenzerwerb Zeit für vertiefte Bildung. Gastkommentar Dirk Siepmann

Wir schreiben das Jahr 2028. Der 15-jährige Joshua bereitet seinen Französischunterricht vor, indem er die VR-Brille aufsetzt. Schon findet er sich nicht mehr in seinem Zimmer, sondern an der französischen Atlantikküste wieder, wo er an einem Surfkurs in der Zielsprache teilnimmt.

Er hört diese in adaptierter Sprechgeschwindigkeit, trainiert seine Aussprache mithilfe eines auf seine eigene Stimme abgestimmten Voice-Cloning-Verfahrens und erhält dazu unmittelbares Feedback des Avatars Alphonse. Der Unterricht folgt keinem Lehrbuch, keinem starren Stundenplan, sondern seinem Interesse, seinem Lerntempo, seiner momentanen Aufmerksamkeit.

Individualisiert und geduldig

Was wie ein blosses Gedankenspiel anmuten mag, ist tatsächlich eine realistische Fortschreibung dessen, was die neuesten KI-Systeme bald vorhalten werden, nämlich die vollständige Integration aller sechs Modalitäten (Text, Bild, Video, Audio, 3-D, Robotik), verbunden mit einem hohen Grad an Interaktivität und der Schaffung von Weltmodellen, die sich an die Wünsche des Nutzers flexibel anpassen. Solche Szenarien zwingen dazu, eine Frage zu stellen, die lange ausgeblendet wurde: Wozu überhaupt noch schulischer Fremdsprachenunterricht im Zeitalter der KI?

Unübersehbar wird, dass künstliche Intelligenz inzwischen zentrale Aufgaben des Fremdsprachenlernens nicht nur unterstützt. In vielen Bereichen kann sie diese bald effizienter übernehmen als herkömmlicher Unterricht. Wortschatzaufbau, Aussprachetraining, grammatische Routinen, Textproduktion und Rückmeldungen zur pragmatischen Angemessenheit lassen sich individualisiert, geduldig und ohne soziale Hemmschwellen gestalten. Der in diesem Zusammenhang häufig vorgebrachte Hinweis auf Fehler oder Halluzinationen der KI greift insofern zu kurz, als er die Frage nach den jeweiligen Fehlerkosten und nach der tatsächlichen Überlegenheit des herkömmlichen Unterrichts ausser acht lässt.

Sprache wurde im Sinne der OECD und des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens seit geraumer Zeit primär als funktionales Instrument verstanden. Mit dem Aufkommen der KI verliert jedoch die Annahme an Plausibilität, dass Sprachkenntnisse an sich knapp und daher auf dem Arbeitsmarkt ein klarer Vorteil, ein «employability skill», seien. Damit wird der Fremdsprachenunterricht selbst allerdings keineswegs obsolet. Stattdessen wird er frei von der Reduktion auf sprachliche Performanz. Die eigentliche Zäsur liegt folglich weniger in der Technik als in der Erosion eines von jeher fragilen bildungspolitischen Begründungsmodells.

Wenn Sprache nicht mehr primär als funktionales Mittel der Verständigung benötigt wird, sondern ihre routinierte Beherrschung technisch delegierbar ist, dann kann ihre Verortung in der Schule nur noch über ihren Beitrag zur Welt- und Selbsterschliessung begründet werden. An dieser Stelle drängt sich eine bildungstheoretische Referenz geradezu auf, die lange als unzeitgemäss galt, deren Tragfähigkeit unter den Bedingungen der KI jedoch neu sichtbar wird, der humboldtsche Bildungsbegriff.



Um Missverständnisse zu vermeiden: Eine Rückkehr zu Humboldt bedeutet unter den Bedingungen der KI keinesfalls eine Abkehr von Technologie. Im Gegenteil, indem die KI grosse Teile des routinemässigen Kompetenzerwerbs übernimmt, schafft sie jene besondere Art von zeitlichen und kognitiven Spielräumen, in denen das kreative, flexible und kritische Denken überhaupt erst entstehen kann. Humboldt ist unter diesen Bedingungen nicht das Gegenmodell zum KI-Zeitalter. Sein Bildungsideal bleibt auch unter den Vorzeichen einer maschinellen Intelligenz das Ziel. Indem die KI die Spracherwerbsphase beschleunigt, rückt sie jene Ziele in greifbare Nähe, die bislang für Durchschnittsschüler unerreichbar blieben: Jenseits der funktionalen Kompetenz winkt nun auch ihnen die tiefgehende Teilhabe an einer anderen Sprachwelt.

Sprachunterricht als kulturelle Bildung

Der Fremdsprachenunterricht kehrt damit – gleichsam gegen den Strich der letzten Jahrzehnte – in den Kanon der zweckfreien Fächer zurück, in eine Reihe mit Philosophie, alten Sprachen, Musik und Kunst. Er wird wieder stärker zu dem, was er historisch einmal war: ein Ort der Bildung, nicht blosser Qualifikation. Diese Rückbesinnung ist zugleich eine Aufwertung. Sie entlastet den Fremdsprachenunterricht von einem Rechtfertigungsdruck, dem er längst nicht mehr standhalten kann, und eröffnet neue Spielräume.

Der Fremdsprachenunterricht steht damit exemplarisch für die kommende Krise des gesamten Bildungssystems. Entweder verharrt Bildung im Modus des Kompetenztrainings, der rasanten technisch-ökonomischen Entwicklungsdynamik vergeblich hinterherhechelnd. Oder sie wird wieder Bildung im humboldtschen Sinne der bewussten Verknüpfung des Ichs mit der Welt.

Die Befreiung des Fremdsprachenunterrichts von Zwecken ist unter den Bedingungen der KI kein Rückzug, sondern der Weg nach vorn.

Dirk Siepmann ist Professor für Fachdidaktik des Englischen an der Universität Osnabrück.

«Vielleicht ist es gut, wenn die Maschine schlauer wird als der Mensch»

Sonntagszeitung, 7. Juni 2026, Nadja Pastega

Hirnforscher über KI • Neurowissenschaftler Lutz Jäncke erklärt, was künstliche Intelligenz in unseren Köpfen anrichtet und warum es ein komplettes Handyverbot an Schulen braucht. Und er sagt, ob die Gen Z tatsächlich dümmer ist als alle Generationen vor ihr.

Nach dem Interview will Lutz Jäncke (70) noch auf den Golfplatz. Trotz Regen und glitschigem Rasen. «Ich mag dieses Wetter», sagt Jäncke, «es ist so schön britisch.»

Der umtriebige Neurowissenschaftler und emeritierte Professor der Universität Zürich gehört zu den führenden Köpfen in der Hirnforschung. Er ist Experte für Fragen wie: Ist unser Gehirn vernünftig? Wie prägt es unser Verhalten? Macht Musik schlau? Und: Wie lernen wir am besten?



Jäncke ist im deutschen Wuppertal geboren und besitzt die Schweizer Staatsbürgerschaft. Kürzlich ist sein neuestes Buch über verrückte Geschichten aus der Welt der Musik und des Gehirns herausgekommen. Titel: «Wenn Töne salzig schmecken».

Herr Jäncke, Hirnforscher sind besorgt, dass der Einsatz von KI das menschliche Denkvermögen schwächen und die Hirnentwicklung hemmen könnte. Was passiert da gerade: Verdummen wir?

Man muss aufpassen, dass man nicht ins Verallgemeinern abrutscht. Aber es besteht in der Tat diesbezüglich eine Gefahr. Das hat damit zu tun, dass unser Hirn ein adaptives Organ ist, das sich aufgrund von Erfahrungen verändert. Auf das Lernen bezogen heisst das: Es funktioniert nach dem Prinzip «use it or lose it». Wenn man das ernst nimmt, kann man antizipieren, was in Zukunft passieren könnte.

Verlernen wir durch KI das Lernen und werden geistig träge?

Das ist eine grosse Gefahr, die nicht nur ich so sehe, sondern interessanterweise auch eine ganze Reihe von prominenten KI-Spezialisten, darunter Erfinder der KI.

Erzählen Sie!

Der berühmteste Kritiker ist Geoffrey Hinton, der Programmierer und Erfinder des Deep Learning bei Google. Er ist dort ausgeschieden, weil er der Ansicht ist, dass das für die Menschheit keine gute Entwicklung ist. Selbst der CEO von Open AI – also der Firma, die Chat-GPT entwickelte – hat einen Schreck bekommen, als Chat-GPT 2022 auf den Markt gekommen ist. Er musste im Sinne von Goethes «die Geister, die ich rief» erst mal verarbeiten, was er da auf die Menschheit losgelassen hatte.

Der bekannte US-Neurowissenschaftler Jared Horvath hat in einem viel beachteten Statement bei einer Anhörung des US-Senats ein vernichtendes Urteil gefällt: «Die Generation Z ist die erste in der modernen Geschichte, die praktisch bei allen kognitiven Messgrössen schlechter abschneidet als die Generation vor ihr.»

Dieses Szenario, das er an die Wand malt, stimmt, oder präziser formuliert, es hat einen wahren Kern. Wir stellen eine Umkehrung des sogenannten Flynn-Effekts fest, benannt nach dem neuseeländischen Intelligenzforscher James Flynn, der die Ergebnisse von IQ-Tests in vielen Ländern analysiert hat. Er stellte fest, dass die durchschnittlichen Intelligenzwerte über die Jahrzehnte kontinuierlich stiegen, vor allem in den westlichen Ländern. Seit etwa 2015 stagniert das oder hat sich vor allem in Mitteleuropa sogar umgekehrt. Das heisst: Die IQ-Werte sinken.

Horvath führt das auf eine digitale Reizüberflutung zurück. Die ständige Berieselung mit kurzen, oberflächlichen Informationshäppchen verhindere tiefgreifendes Lernen.

Untersuchungen zeigen, dass die Generation Z schlechter geworden ist in der Aufmerksamkeit, der Konzentration sowie in der Lese- und der Mathematikkompetenz und dass es einen Zusammenhang gibt mit der Häufigkeit der Internetnutzung. Je häufiger das Internet genutzt wird, desto schlechter die gemessenen Leistungen.

Dann ist also völlig falsch, was seit längerem an den Schulen praktiziert wird: Bücher, Stift und Papier raus aus den Klassenzimmern, digitale Arbeitsmittel wie Tablets rein.

Wir erleben derzeit eine überwiegende, komplett ungehinderte und ausufernde Nutzung digitaler



Medien im Unterricht. Das ist wie bei einem wuchernden Krebsgeschwür, das überall Ableger bildet. Weil alle digitale Medien verwenden, glaubt man, dass man das jetzt in der Schule einführen muss. Da entsteht ein Wildwuchs, der gefährlich ist. Man sollte ein digitales Medium nur dann verwenden, wenn man den didaktischen Gewinn kennt und wissenschaftlich abgesichert hat.

Gibt es diese Untersuchungen?

Zumindest gibt es nicht viele. Das ist das Problem. Man weiss nicht, was man mit digitalen Medien eigentlich machen soll. Man kennt also den konkreten didaktischen Gewinn nicht, weil Angaben dazu bis heute noch nicht überzeugend und ausreichend geliefert wurden.

Verschiedene Länder haben flächendeckend ein Handyverbot eingeführt. Wäre eine einheitliche Regelung mit einem generellen Handyverbot auch in der Schweiz an den Schulen sinnvoll?

Bei Regelungen zucke ich immer zusammen. Ich bin ein liberal denkender Mensch und bin der Überzeugung, dass jeder Mensch für sich selbst verantwortlich ist. Ausser bei der Schule. Die Schule ist wie ein Kraftsportzentrum. Wenn wir ins Gym gehen, trainieren wir unsere Muskeln und tun nichts anderes. Wir sollten also den Kindern die Möglichkeit bieten, in einer störungsfreien Umgebung ihr Wissen und ihre Fertigkeiten zu vervollkommen. Dazu gehört meines Erachtens auf jeden Fall, dass man die Handys komplett verbietet.

Das Handy am Morgen abgeben und nach Schulschluss wieder abholen?

Auf jeden Fall. Kinder und Jugendliche sollten in der Schule zunächst mal analog lernen.

Mit anderen Worten: Zurück zu Stift und Papier?

Ich bin kein Vertreter der Idee, dass man grundsätzlich elektronische Devices unbedingt benötigt im Unterricht. Wenn ja, dann nur unter bestimmten Konstellationen. Wir wissen aus der Forschung, dass sich der Lernstoff viel besser einprägt, wenn man von Hand schreibt, statt mit zwei Händen zu tippen.

Auch an den Unis kleben junge Menschen am Handy-Bildschirm. Vor vielen Hörsälen herrscht vor der Vorlesung ein Gedrängel – aber nicht, weil die guten Plätze in den vorderen Reihen ergattert werden wollen. Der Verteilungskampf betrifft die hintersten Reihen, wo der Dozent nicht sieht, wenn man ständig auf das Handy guckt.

Das habe ich auch erlebt. Es ist ein Klassiker. Das machen viele, aber nicht alle. Ich habe in den ersten Vorlesungen jeweils meine Assistenten im Hörsaal herumlaufen lassen und sie gebeten, zu schauen, was die Studierenden auf dem Bildschirm geöffnet hatten.

Vermutlich nicht unbedingt die Folien zu Ihrer Vorlesung.

Google, Wikipedia und das ganze Zeug – das hatten sie schon immer parat. Als dann das iPhone auf den Markt kam, haben die ersten Studierenden ihre Smartphones links neben den Laptop gelegt, später dann auch noch rechts ihr iPad.

Wie haben Sie reagiert?

Ich habe den Studierenden erklärt, dass es nicht sinnvoll ist, bi-manual, also mit beiden Händen, mitzutippen und gleichzeitig Multitasking zu machen, dass das genau das Falsche ist, weil sie sich so den Vorlesungsinhalt nicht einprägen können.



Locker mehrere Dinge gleichzeitig machen zu können, ist also eine Illusion?

Multitasking funktioniert nicht. Übrigens auch nicht bei Frauen, auch wenn es immer heisst, sie könnten das besser als Männer. Pro Tag werden wir bombardiert mit einer riesigen Informationsmenge, die ungefähr die Grössenordnung eines Romans umfasst. Wir verarbeiten demzufolge pro Woche sieben Romane an Information. 30 pro Monat, 365 Romane pro Jahr. Das ist zu viel. Unser Gehirn ist trainiert, sich mit dem Wesentlichen zu beschäftigen, mit Sachen, die wichtig sind, die im Moment überlebenswichtig sind. Multitasking bedeutet, dass wir uns auf etwas fokussieren und andere Sachen unterdrücken. Also die Aufmerksamkeit verschieben und uns auf das Nächste konzentrieren. Das ist extrem mühselig, erfordert kognitive Kräfte und richtig viel geistige Energie.

Sind Digitalisierung und KI eher Fluch oder Segen, wie sehen Sie das?

Ich bin ziemlich sicher, dass man einen Gewinn aus den digitalen Medien ziehen kann. Man muss nur erst mal herausfinden, wo er überhaupt liegt, vor allem, wenn man an den Schulalltag denkt.

Und bei der künstlichen Intelligenz?

Wie alles im Leben hat es zwei Seiten. Meine Sorge überwiegt, weil ich der Ansicht bin, dass der Grossteil der Menschen nicht im Sinne einer Persönlichkeits- oder kognitiven Weiterentwicklung einen Nutzen aus der künstlichen Intelligenz ziehen kann. Aber es wird auch Gewinner geben, die extrem profitieren. Intelligente Menschen werden KI einsetzen für die Lösung neuer Probleme.

Zum Beispiel?

Für Berechnungen etwa, die wir heute gar nicht durchführen können. Medizinische Fragestellungen werden gelöst, die wir heute gar nicht andenken können. Das betrifft aber nur einen kleinen Teil der Menschen. Viele Leute, die weniger intelligent respektive weniger motiviert sind, werden leiden. Sie rutschen in die Lustwelt ab und werden denkfaul. Sie werden sich mit KI eine Erleichterung des Lebens gönnen, weil sie nicht mehr selber denken müssen.

Gut, aber Jugendliche, die an den Schulen KI einsetzen, handeln doch prinzipiell vernünftig: Maschinen wurden schon immer erfunden, damit sie uns lästige Arbeiten abnehmen. Hätten Sie das als Schüler anders gemacht?

Das war zu meiner Zeit kein Thema. Ich bin ganz anders geprägt. Heute nutze auch ich KI.

Für welche Aufgaben?

Überwiegend für Recherchen, Berechnungen, und ich lasse mir zum Teil auch Programme schreiben, also Codes. Das erspart mir sehr viel Zeit. Ich lasse Texte zusammenfassen. Insofern ist das hilfreich.

Kritiker fürchten, dass künstliche Intelligenz das Zeug hat, das Prinzip Schule auszuhebeln, weil Schülerinnen und Schüler das Denken an die KI auslagern.

Da muss man wirklich aufpassen. Wir müssen lernen, die KI sinnvoll zu nutzen. Sie kann vieles vereinfachen und uns langweilige und nebensächliche Sachen abnehmen. Aber das kritische Denken ist eine Tätigkeit, die das Gehirn selbst macht. Wenn wir das nicht nutzen, dann werden wir das irgendwann nicht mehr können.

Dass man den jungen Menschen in der Schule und an den Unis beibringen muss, wie sie KI sinnvoll nutzen können, wird gebetsmühlenartig vorgetragen. Nur: Wie soll das funktionieren?



Ich glaube, das ist derzeit niemandem klar. Wir müssen Wege suchen, wie wir mit der KI damit zu-recht kommen. Persönlich schwanke ich zwischen Faszination und totaler Ablehnung.

In Fachkreisen wird gewarnt vor der Entstehung einer Superintelligenz, die das menschliche Denkvermögen übertreffen wird. Wann ist es so weit?

Raymond «Ray» Kurzweil hat schon 2002 in seinem ersten Buch «Das Singularitätsprinzip» darauf hingewiesen. Er ist Erfinder, Wissenschaftler, Computertechniker und ein Genie mit etwa 500 Patenten. Kurzweil geht davon aus, dass ungefähr 2030 oder 2035 die geballte Computerintelligenz intelligenter ist als der Mensch. Er ist der Ansicht, dass KI relativ schnell die menschliche Intelligenz überholen wird, sieht das aber extrem positiv.

Warum?

Er sagt, der Mensch werde dank KI über die Möglichkeiten verfügen, die tollsten Sachen zu machen.

Teilen Sie diese Einschätzung?

Ich sehe das leicht anders. Ich bin auch der Ansicht, dass die Computerintelligenz den Menschen überholt, relativ schnell, ungefähr in dem Zeitraffer, den Kurzweil aufbaut. Ich bin aber überzeugt, dass die Computerintelligenz den Menschen kontrollieren wird.

Eine beunruhigende Vorstellung. Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Der Mensch als Gesamtes ist ein Phänomen, das mich skeptisch stimmt und mich immer schon interessiert hat. Das ist der Grund, warum ich meinen Beruf überhaupt gewählt habe. Ich wollte eigentlich Physiker werden. Aber ich habe mich entschieden, das zu machen, was ich jetzt tue, weil ich den Menschen verstehen wollte. Als ursprünglich Deutscher beschäftigt mich natürlich die Frage, wie der Holocaust überhaupt möglich war. Wie kann es sein, dass zum Beispiel die Deutschen, die Nietzsche, Kant, Hegel oder Schopenhauer gelesen haben, einen solchen moralischen Schaden angerichtet haben?

Haben Sie eine Antwort gefunden?

Ja. Weil der Mensch auch sehr unvernünftig ist. Dies ist neurowissenschaftlich gut erklärbar.

Wie das?

Das Gehirn kann jede x-beliebige Kultur, jedes soziale Regelsystem lernen und das toll finden. Und dann kann man auf der Basis dieser Lernergebnisse den grössten Blödsinn machen. Ich werde dafür immer angegriffen, aber ich sage es trotzdem: Selbst Religion ist eine Erfindung des Menschen und wir führen respektive führten deshalb viele Religionskriege. Man spricht heute ja auch vom «Clash of Culture». Ich finde, dass die kulturbedingte Konfrontation ein Grundproblem des Menschen ist. Deswegen werden wir nie zusammenkommen und die Probleme der Welt nicht gemeinsam lösen. Ich denke, dass die KI das irgendwann mal für uns regelt.

Das ist eine sehr optimistische Prognose. Kann künstliche Intelligenz denn einen Gerechtigkeitssinn und ein Bewusstsein entwickeln, wie sehen Sie das?

Der Mensch ist in der Lage, ein Bewusstsein zu entwickeln. Das streitet keiner ab. Das Gehirn generiert das Bewusstsein. Das Gehirn arbeitet nach biophysikalischen Prinzipien. Auch das streitet keiner ab. Wenn also unser Bewusstsein auf der Basis von biophysikalischen Prinzipien generiert



wird, warum soll eine Maschine, die nach biophysikalischen Prinzipien ein Gehirn simuliert, nicht auch ein Bewusstsein entwickeln?

Wie lässt sich die Albtraum-Vision vermeiden, dass die Maschine irgendwann unkontrollierbar wird?

Darüber haben sich schon viele Gedanken gemacht. Isaac Asimov, der berühmte Science-Fiction-Autor, hat ja diese berühmten Asimov-Gesetze generiert. Eines davon besagt, dass die Maschine so programmiert werden soll, dass sie sich nie gegen den Menschen richtet. Ich füge nur noch einen provokativen Satz hinzu.

Bitte!

Vielleicht ist es auch gut, dass die Maschine irgendwann schlauer als der Mensch wird. Weil nämlich der Mensch, aus meiner Sicht, merkwürdig ist. Wenn man ihn als Gesamtes betrachtet. Als Individuum können wir tolle Leistungen erbringen, Einstein ist ein Paradebeispiel. Der einzelne Mensch ist toll, mag er Schriftsteller, Philosoph, Arzt, Lehrer oder Journalist sein. Aber als Gesamt-konstrukt «Mensch» machen wir Sachen, die oft total unvernünftig sind. Da frage ich mich manchmal: Wo ist das Korrektiv? Sogar der Dalai Lama sagt: Es muss eine neue Ethik jenseits der Religionen geben. Dem schliesse ich mich voll und ganz an. Ich bezweifle aber, dass Menschen unterschiedlicher Kulturen das akzeptieren würden.